

„Den Menschen Sicherheit geben“

Bodo Ramelow spricht im OP-Interview über Flüchtlingspolitik und Rot-Rot-Grün im Bund

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) ist überzeugt, dass man den Bürgern die Angst nehmen muss – durch eine Sozialstaatsgarantie.

Fortsetzung von Seite 1
von Stefan Dietrich
und Nigar Ghasimi

Marburg. Anlässlich des Geburtstags von „Arbeit und Bildung“ war Bodo Ramelow in Marburg. Der Ministerpräsident, der in Thüringen mit einer rot-rot-grünen Koalition regiert, war als Gewerkschafter vor 30 Jahren an der Gründung des Vereins beteiligt gewesen. Am Rande der Veranstaltung sprach er mit der OP im Interview über Herausforderungen in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Flüchtlingspolitik – und über eine mögliche rot-rot-grüne Koalition im Bund.

OP: Sie sind hier, weil der Verein „Arbeit und Bildung“ 30 Jahre alt wird. Menschen in Arbeit zu bringen, ist auch heute ein großes Thema angesichts der Flüchtlinge, die teilweise Schwierigkeiten haben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wie kann man diese Aufgabe stemmen?

Bodo Ramelow: Die Notwendigkeiten von Integration sind weit über Flüchtlinge hinaus gegeben. Dazu zählen Langzeitarbeitslose, Menschen mit Handicap und eben auch Flüchtlinge. Aber für alle drei bedarf es aktiver Träger für Brücken in Arbeit, weil das nicht automatisch geschieht. Vor 30 Jahren war das Credo: Der Markt regelt das allein. Das haben wir schon damals nicht geglaubt. Wir waren der festen Überzeugung, wir müssen aktiv neue Beschäftigungsfelder öffnen.

OP: Was könnte die Politik jetzt tun, um steigende Arbeitslosenzahlen zu verhindern?

Ramelow: Ich sehe unsere Hauptaufgabe als Politiker darin, den Menschen ein Gefühl zu geben, dass die vorhandene Angst überwunden werden kann. Das heißt, wir müssen Sozialstaatsgarantien wieder deutlicher ausformulieren. Wir müssen den Menschen eine Sicherheit geben, die nicht über fünf Tage, sondern 50 Jahre funktioniert. Zum Beispiel eine moderne Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Und Beschäftigungsverhältnisse, die wieder zu Regelarbeitsverhältnissen führen statt Prekarisierung. Wir haben in Thüringen tausend Stellen „Arbeit statt Hartz IV“



Bodo Ramelow im OP-Interview.

Foto: Thorsten Richter

geschaffen. Und wir hätten gerne, dass Bundesfinanzminister Schäuble uns das Geld gibt, das der Bund dadurch spart. Dann würden wir damit die nächsten tausend Stellen finanzieren. Aber Herr Schäuble gibt es uns nicht. Ich will lieber Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Das sind die Mega-Themen. Und für die Integration von Flüchtlingen müssen Sprache und Landeskunde als Brückenfunktionen in den Vordergrund gestellt werden.

OP: Sie haben den Vorschlag gemacht, in Deutschland geborenen Kindern direkt die deutsche Staatsangehörigkeit zu ermöglichen. Sprechen Sie von einer einfachen oder doppelten Staatsangehörigkeit?

Ramelow: Im Moment geht es noch nicht um die Frage: doppelte oder einfache Staatsbürgerschaft? Erst einmal sollten wir Kindern, die bei uns in die Schule gehen, ermöglichen, die Staatsbürgerschaft zu bekommen. Denn diese Kinder kommen nicht mehr aus einem anderen Land, sie kommen aus diesem Land. Wohin sollten sie denn gehen? Sie haben Syrien oder Eritrea noch nie gesehen. Wir haben in der Bundesrepu-

blik ein Staatsbürgerrecht, das sich über die Abstammung definiert. Andere Staaten kennen das so nicht. Geht man aber von der Abstammung aus, gelten die Kinder und Enkel von jemandem, der hier irgendwann hergekommen ist, als nicht dem Staatsvolk angehörig. Das halte ich für ein Problem.

OP: Wenn Kinder von Flüchtlingen die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, aber die Eltern nicht, können sich daraus neue Probleme ergeben.

Ramelow: Für die Eltern ist erst einmal die Bleiberechtsregelung notwendig. 500 000 Menschen leben in unserem Land, die länger als zwei Jahre im Klärungsverfahren für ihre Asylanträge sind. Das ist unwürdig. Wer diese Jahre hier war und nachweist, dass er mit keinem Gesetz über Kreuz geraten ist, dass die Kinder in die Schule gehen, dass er sich ganz normal in dieser Gesellschaft bewegt, dem müssen wir endlich unbürokratisch eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung geben. Und dann kann

am Ende dieses Prozesses auch die Staatsbürgerschaft stehen. Der zweite Vorschlag, den ich gemacht habe, ist: Menschen ohne Papiere einen Weg in die Legalität zu geben. Wir akzeptieren, dass bei uns in Deutschland einige hunderttausend Menschen seit Jahren unauffällig unter uns leben. Und das ist für mich die brutalste Form eines Sklavenmarktes, denn sie müssen sich schutzlos denen an-

dienen, die ihre Arbeitsleistung für wenig Geld kaufen. Und das Dritte ist: Wir brauchen als Gesellschaft, die unter einem massiven Alterungsproblem leidet, eine klare gesetzliche Regelung für gezielte Zuwanderung.

OP: Sie haben gesagt, durch die große Koalition schlitterte das Land in eine Staatskrise, und es wäre konsequent, wenn eine Partei die Koalition bricht.

Ramelow: Meine Aufforderung richtet sich klar an Herrn Seehofer. Wenn er endlich mal seinem lauten Getöse Taten folgen lassen würde, müsste er die

Koalition verlassen. Und dann müsste die CDU entscheiden, wie sie damit umgeht. Da ich weder CDU- noch CSU-Mitglied bin, muss ich mir allerdings darum keine Sorgen machen. Ich mache mir aber Sorgen um eine Debatte in unserer Gesellschaft, bei der weder das Bürgerlich-Konservative noch das Links-Liberale zu erkennen ist. Wenn dann eine Regierung sich nur noch streitet oder gar nichts mehr zu verkünden hat – wie am vergangenen Sonntag –, dann nehmen die Bürgerinnen und Bürger es selbst dann nicht mehr wahr, wenn sich die Koalition nach monatelangem Streit auf etwas Gutes einigt. Und das macht die AfD stark. Wer Björn Höcke reden hört, dürfte ihn wohl eher nicht leichtfertig wählen. Und wer mal lesen würde, was in den Programmen der AfD steht, der dürfte nicht verstehen, warum Arbeitnehmer und Hartz-IV-Empfänger AfD wählen. Wer aber einen Heilsprediger braucht, der „denen da oben“ mal zeigt, jetzt reicht es, der wählt AfD.

OP: Was Sie fordern – Sozialstaatsgarantie, Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und so weiter –, geht nur, wenn auch im Bund Rot-Rot-Grün regiert.

Ramelow: Deswegen fordere ich ja auch meine Partei auf, sich innerlich locker zu machen. Teile meiner Partei sind damit beschäftigt, immer die Sprunghöhe der SPD zu definieren. Das ist aber nicht mein Kriterium. Ich will auch keine neue Einheitspartei, sondern ich will, dass sich ein links-liberales Bündnis im Bund findet. Und da muss man sagen, es ist möglich, statt immer darüber zu reden, warum es nicht möglich ist.

OP: Und der mögliche erste Testlauf für Rot-Rot-Grün wäre die Bundespräsidenten-Wahl.

Ramelow: Da bin ich anderer Meinung. Ich bin kein Freund davon, mit der knappsten aller Mehrheiten ein Amt zu besetzen, das im Kern im Sinne von Johannes Rau mehr „versöhnen statt spalten“ soll. Mir wäre es lieber, es käme eine Kandidatin oder ein Kandidat, der alle Lager weit mehr vereint als trennt. Und ich kenne durchaus kluge konservative Leute, die ein modernes Weltbild haben.

OP: Wer käme da infrage?

Ramelow: Ich werde keine Namen nennen. Aber es muss jemand sein, der nicht sofort für den anderen Teil der Gesellschaft polarisierend oder zu spitzend wirkt.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken